

Menschenrechtliches Risiko-Assessment im Bereich Elektromobilität

Projektbericht

Die Anforderungen an Unternehmen in Bezug auf verantwortungsvolle Unternehmensführung steigen kontinuierlich. Ende 2016 verabschiedete die deutsche Bundesregierung einen [Nationalen Aktionsplan \(NAP\) zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte](#). Bis 2020 sollen demnach mindestens 50 Prozent aller deutschen Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern Prozesse zur Umsetzung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht einführen.

Ein Kernelement menschenrechtlicher Sorgfalt ist es, gemäß der [UN-Leitprinzipien](#), die menschenrechtlichen Risiken und Auswirkungen des Unternehmens zu ermitteln und anzugehen. Für Unternehmen im gleichen Sektor bestehen hier oft ähnliche Herausforderungen, etwa in Bezug auf bestimmte Rohstoffe oder ähnliche Lieferketten. Es kann daher sinnvoll sein, Informationen, Ressourcen und Kräfte mehrerer Unternehmen zu bündeln.

In diesem Sinne führten 2016 sieben Unternehmen und Zulieferer aus dem deutschen Automobilsektor – Audi AG, BMW Group, Robert Bosch GmbH, Daimler AG, thyssenkrupp, Volkswagen AG sowie ein weiteres Unternehmen – unter dem Dach des [Deutschen Global Compact Netzwerks \(DGCN\)](#) und mit Unterstützung der Managementberatung [twentyfifty Ltd.](#) ein **menschenrechtliches Gruppen-Risiko-Assessment im Bereich Elektromobilität** durch. Der Fokus des Projekts lag dabei auf den Lieferketten für Magnete und Akkus für Elektrofahrzeuge – ein wichtiges Zukunftsthema für die Industrie. Das Projekt wurde vom Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) finanziell unterstützt.

Einige Rohstoffe, die wichtige Bestandteile von Akkus und Magneten für Elektroautos darstellen, können im Abbau und in der Verarbeitung – je nach Fördergebiet, Abbauweise und verarbeitenden Unternehmen – menschenrechtliche Risiken bergen. Besonders in Ländern mit generell höherem Menschenrechtsrisiken bzw. in Niedriglohnländern bestehen potentielle Risiken wie etwa exzessive Überstunden, Zahlung von Löhnen unterhalb des Existenzminimums, Gefahr für die Gesundheit der ArbeiterInnen durch giftige Substanzen und mangelnde Arbeitssicherheit sowie Zwangsarbeit, Kinderarbeit und die Beeinträchtigung der Gesundheitsrechte lokaler Gemeinden durch Umweltverschmutzung.



Abschlussbericht Menschenrechtliches Risiko-Assessment

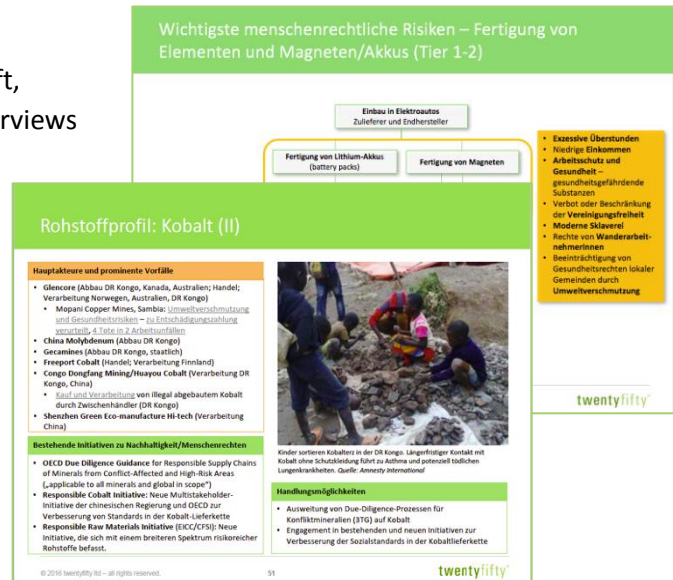
Um diese Risiken und potenziellen menschenrechtlichen Auswirkungen besser zu verstehen und Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln, wurden durch Desktop-Recherche und Interviews folgende Ergebnisse erarbeitet:

- Übersicht der menschenrechtlichen Risiken auf verschiedenen Stufen entlang der **Lieferketten** für Akkus und Magnete,
- Übersicht menschenrechtlicher Risiken der **Abbauländer für 10 wichtige Rohstoffe**,
- **Detaillierte Rohstoffprofile** für Lithium, Kupfer, Mangan, Kobalt, Nickel, seltene Erden, Graphit, Titan,
- Hilfestellungen für die weitere **Priorisierung** von Risiken im Einklang mit den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte,

- Übersicht bestehender **Initiativen und Standards** für verantwortliche Rohstoffbeschaffung wie der *OECD Due Diligence Guidance for Responsible Supply Chains of Minerals from Conflict-Affected and High-Risk Areas*,
- Übersicht zu **Trends und guten Praktiken** für menschenrechtliche Sorgfalt in Bezug auf die tiefe Lieferkette aus anderen Sektoren,
- Vorschläge für **nächste Schritte** für die individuellen Unternehmen und die Projektgruppe.

Die Perspektiven externer Stakeholder aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und relevanten Initiativen wurden über Interviews und Recherche miteinbezogen.

Auf Basis eines Fragebogens zur Selbsteinschätzung erhielten die Unternehmen zusätzlich ein Benchmarking im Vergleich zu den anderen Teilnehmern und individuelle Rückmeldung dazu, wie gut ihre eigenen Supply Chain Management-Praktiken momentan aufgestellt sind, um die identifizierten Risiken zu adressieren. Hierfür wurde die Logik des [Human Rights Capacity Diagnostic](#) genutzt, das es Unternehmen erlaubt, ihre momentane Managementkapazität zur Umsetzung menschenrechtlicher Sorgfalt einzuordnen und mithilfe konkreter Handlungsanleitungen nächste Schritte zu identifizieren.



Auszug – Analyse menschenrechtlicher Risiken in den Lieferketten von Batterien und Magneten für Elektroautos

Lernerfahrungen

- Kartellrechtliche Bedenken der Zusammenarbeit ließen sich über klare Grundregeln für alle Beteiligten und die Funktion des DGCN als ‚Clearing-House‘ für die spezifischen Informationen der einzelnen Unternehmen ausschließen.
- Trotz bestehender Rahmenwerke und Unterstützungsangebote zum Thema verantwortliche Rohstoffbeschaffung bleibt die Priorisierung von Hochrisiko-Lieferketten und die praktische Ausgestaltung menschenrechtlicher Sorgfalt über Tier 1-2 hinaus eine Herausforderung, die sektorweit angegangen werden sollte.

Nächste Schritte

Das Projekt schloss mit der Entwicklung einer Reihe von Handlungsmöglichkeiten für die einzelnen Unternehmen und den Sektor als Ganzes, die von der Gruppe weiterverfolgt werden können.

Die teilnehmenden Unternehmen wollen als nächstes ihre Möglichkeiten für die praktische Umsetzung menschenrechtlicher Sorgfaltsprozesse in der tieferen Lieferkette prüfen. Als erster Schritt ist ein **Workshop mit relevanten Experten im Bereich verantwortliche Rohstoffbeschaffung** in Planung, der bis Mitte 2017 stattfinden soll.

Das DGCN möchte das in diesem Pilotprojekt erfolgreich getestete Modell der Sektorkooperation gern für weitere Sektoren anwenden und anpassen. Interessierte Unternehmen und Verbände wenden sich bitte an Philipp Bleckmann.